NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

POSITIONSPAPIER

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN NEUSTART



Ergebnisse des vierten kommunalen Stimmungsbarometers, Befragung im August 2026 unter 244 jungen Bürgermeister*innen.

www.junge-buergermeisterinnen.de

Inhalt

Vorwort **3**

TEIL I: POSITIONSPAPIER **4**

1. Einleitung **4**

2. Analyse **5**
2.1 Deutschland ist zu langsam 5
2.2 Der Systemfehler: Wir optimieren ein Modell von gestern 6
2.3 Kommunen: Der Ort, an dem der Staat erlebt wird – oder scheitert 7
2.4 Die unbequemen Fragen 8
2.5 Wie sieht der Staat der Zukunft aus? 9
2.6 Eine Generationenfrage 9

3. Unsere Forderungen **10**
3.1 Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – jetzt! 10
3.2 Ein neuer Zukunftspakt 11

TEIL II: DAS KOMMUNALE STIMMUNGSBILD 2026 **12**

1. Belastung bleibt hoch – Handlungsfähigkeit sinkt 12
2. Die Finanzkrise überlagert andere Herausforderungen 14
3. Bürokratie belastet an den Schnittstellen 14
4. Fachkräftemangel verliert an Bedeutung – trotz unveränderter Herausforderung 15
5. Migration spielt kommunal nur noch eine kleine Rolle 16
6. Demokratie bleibt ein Thema – die Gründe verändern sich 17
7. Was die Ergebnisse für die kommunale Ebene bedeuten 18
8. Weitere Ergebnisse 19
9. Methodik 20

VORWORT VON MICHAEL SALOMO

Die Frage, die nicht gestellt wird.

Deutschland steht vor großen Veränderungen.

Die Herausforderungen sind bekannt. Entscheidend ist, ob unser Staat in der Lage ist, sie tatsächlich zu bewältigen. Deshalb geht es um mehr als die Frage: „Wie bekommen Kommunen mehr Geld?“ Es geht darum: Wie muss ein Staat aussehen, der all das tatsächlich leisten kann?

Die Antwort darauf entscheidet sich nicht in den Ministerien oder den Landtagen. Sie entscheidet sich dort, wo Politik täglich Realität wird: in unseren Städten und Gemeinden.

Wir sind die junge Generation von Bürgermeister*innen. Wir erleben jeden Tag, was der Staat leisten kann und wo er an Grenzen stößt. Wir sehen funktionierende Verwaltung genauso wie überforderte Strukturen. Wir sehen Engagement vor Ort und gleichzeitig ein System, das immer langsamer wird, je mehr es leisten soll.

Deshalb reicht es uns nicht mehr, über einzelne Programme, Förderlogiken oder Zuständigkeitsfragen zu sprechen.



Foto: Liesa Johannssen-Koppitz

MICHAEL SALOMO
Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim
und Bundesvorsitzender des Netzwerks
Junge Bürgermeister*innen

Als junge Bürgermeister*innen werden wir diesen Staat noch jahrzehntelang tragen. Darum wollen wir auch mitgestalten, wie er in Zukunft funktionieren kann.

TEIL I: Positionspapier

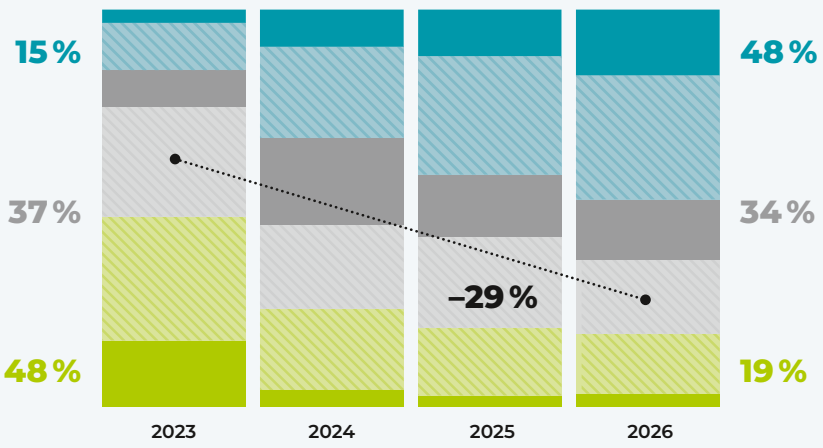
1. EINLEITUNG

Die Kommunen befinden sich bereits heute an ihrer Belastungsgrenze. Nur noch **18 Prozent** der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister halten ihre Kommune für finanziell handlungsfähig, **68 Prozent** berichten von einem defizitären Haushalt. Steigende Sozialausgaben, wachsende Investitionsbedarfe und immer neue gesetzliche Aufgaben engen die Handlungsspielräume weiter ein. Hinzu kommen umfangreiche Berichtspflichten, komplexe Förderstrukturen und eine zunehmende Detailsteuerung durch Bund und Länder. Diese strukturellen Defizite sind über viele Jahre entstanden.

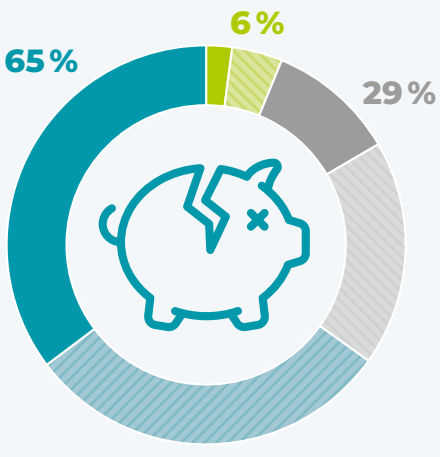
Dem gegenübergestellt ist die persönliche Motivation junger Bürgermeister*innen hoch: **76 Prozent** bezeichnen das Bürgermeisteramt weiterhin als ihren Traumjob, **65 Prozent** sind mit ihrer Tätigkeit eigentlich zufrieden.

Junge Bürgermeister*-innen verlieren nicht ihre Motivation. Sie verlieren ihre Handlungsspielräume.

„MEINE KOMMUNE IST
FINANZIELL HANDLUNGSFÄHIG“



ENTWICKLUNG DER
HAUSHALTSLAGE 2026



2. ANALYSE

2.1 Deutschland ist zu langsam

Deutschland hat ein Umsetzungsproblem. Aber Deutschland hat auch ein Erkenntnisproblem. Wir analysieren, evaluieren, koordinieren und diskutieren auf hohem Niveau. Doch allzu oft werden Kommunen von Bund und Ländern noch immer vor allem als untere Verwaltungsbehörden verstanden. So entstehen Programme und Vorgaben, die an der kommunalen Realität vorbeigehen.

Die Ergebnisse unseres Stimmungsbarometers zeigen, wo das besonders deutlich wird: **72,4 Prozent** der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nennen Förderprogramme und Fördermittelverfahren als wesentliche Bürokratietreiber, **64,2 Prozent** Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten und **58,8 Prozent** Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das ist kein Wunsch nach weniger Staat, sondern nach einem, der seine Aufgaben einfacher, schneller und wirksamer erfüllt. Kommunale Handlungsfähigkeit bedeutet mehr als eine auskömmliche Finanzierung. Sie braucht Gestaltungsspielräume, klare Zuständigkeiten, moderne Verwaltungsstrukturen und gegenseitiges Vertrauen zwischen den staatlichen Ebenen.

Während andere Länder Verwaltungsleistungen konsequent digitalisieren, diskutieren wir über Zuständigkeiten. Während andere einheitliche Standards schaffen, entwickelt hier jede Verwaltung eigene Lösungen. Während wir Förderprogramme immer weiter ausdifferenzieren, wächst vor Ort die Komplexität der Umsetzung.

> Ein Staat, der dauerhaft über seine eigene Komplexität stolpert, verliert seine Zukunftsfähigkeit. Wir sind zwar nicht handlungsunfähig. Aber wir sind zu langsam geworden.

WELCHE BEREICHE VERURSACHEN AKTUELL DEN **GRÖSSTEN UNNÖTIGEN VERWALTUNGSAUFWAND?**

Förderprogramme und Fördermittelverfahren	**72,4 %**
Berichtspflichten, Dokumentationen und Nachweispflichten	**64,2 %**
Planungs- und Genehmigungsverfahren	**58,8 %**
Vorgaben und Regelungen von Bund und Ländern	**53,1 %**
Vergabe- und Beschaffungsverfahren	**50,6 %**
Abstimmungen zwischen verschiedenen Behörden und Verwaltungsebenen	**49,8 %**
Datenschutz- und Informationssicherheitsanforderungen	**42,0 %**
Digitalisierung/fehlende Schnittstellen zwischen IT-Systemen	**38,7 %**
Regelungen im Sozial-, Bau- oder Umweltbereich	**30,5 %**
Personalgewinnung und Personalverwaltung	**14,4 %**
Aktuell kein wesentlicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand	**0,8 %**

2.2 Der Systemfehler: Wir optimieren ein Modell von gestern

Viele unserer heutigen Verwaltungs- und Steuerungslogiken stammen aus einer Zeit, in der man Dinge noch anders organisieren musste und digitale Prozesse keine Rolle spielten. Heute wirkt vieles davon wie ein System, das sich selbst verwaltet.

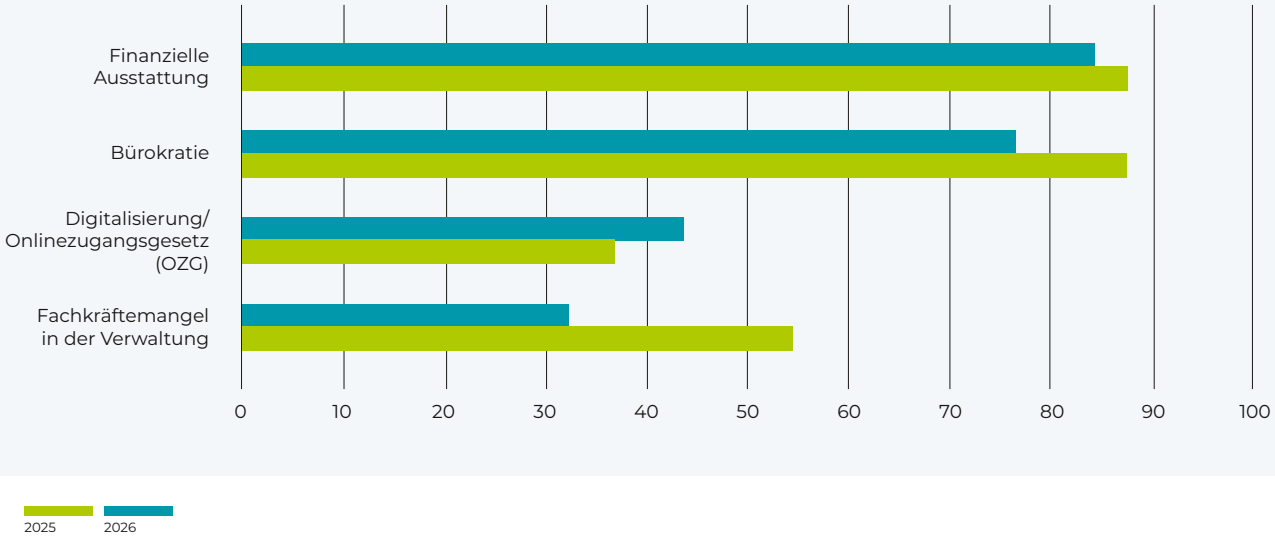
- Informationen sind vorhanden, **werden aber nicht genutzt.**
- Prozesse, die technisch möglich sind, **werden blockiert.**
- Entscheidungen wären automatisierbar, **bleiben aber manuell.**
- Vertrauen wäre oft effizienter, **wird aber durch Kontrolle ersetzt.**

In vielen Verwaltungsprozessen entsteht der Eindruck, dass Absicherung und Nachweis stärker gewichtet werden als Geschwindigkeit und Wirkung. Die Folge: steigende Bürokratie, sinkende Geschwindigkeit und wachsende Frustration auf allen Ebenen. Staatliches Handeln ist oft so kompliziert, dass es niemand mehr wirklich erklären kann. Dass es anders gehen muss, zeigt auch das Stimmungsbarometer: Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung sind das einzige größere Zukunftsthema, das gegenüber den Vorjahren an Bedeutung gewinnt.

Unter Bedingungen knapper Haushalte und fehlender Fachkräfte ist für Kommunen heute die Frage entscheidend, wie mit den vorhandenen Ressourcen mehr erreicht werden kann.

Digitalisierung ist für junge Bürgermeister*-innen daher kein zusätzliches IT- oder Modernisierungsprojekt. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass der Staat seine Aufgaben unter veränderten demografischen und finanziellen Bedingungen überhaupt noch erfüllen kann.

DIE FOLGENDEN AUFGABEN/HERAUSFORDERUNGEN FÜHREN ZUR
ZUNEHMENDEN ÜBERLASTUNG MEINER KOMMUNE



2.3 Kommunen: Der Ort, an dem der Staat erlebt wird – oder scheitert

Deutschland kann nur so modern sein wie seine Kommunen. Städte und Gemeinden sind nicht einfach nachgelagerte Verwaltungsebene, sondern der Ort, an dem sich entscheidet, ob der Staat funktioniert.

Hier entscheidet sich, wie Menschen staatliches Handeln erleben:

- Ob eine Schule **gebaut wird oder nicht.**
- Ob Wohnraum **entsteht oder fehlt.**
- Ob Infrastruktur **modernisiert wird oder veraltet.**
- Ob das Vertrauen in Demokratie **wächst oder sinkt**.

Gleichzeitig werden Städte und Gemeinden zunehmend zu Vollzugsinstanzen komplexer Regelwerke, die stark durch Vorgaben, Verfahren und Anforderungen übergeordneter Ebenen geprägt sind. Das bedeutet immer weniger Spielraum und immer mehr Verantwortung.

Diese Entwicklung gefährdet zunehmend die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden und damit die Leistungsfähigkeit des gesamten Staates.

Das Ergebnis ist ein strukturelles Ungleichgewicht: Die politischen Vorgaben von Bund und Ländern wachsen schneller als die Fähigkeit der Kommunen, diese umzusetzen.

„Wir planen eine Ortsumgehung und mehrere Radwege. Die Planungsverfahren dauern inzwischen rund zehn Jahre. Das ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermittelbar."

BÜRGERMEISTER
36-40 JAHRE, HESSEN,
KOMMUNE 10.000 – 15.000 EINWOHNER

Es braucht deshalb einen grundlegenden Perspektivwechsel. Nicht weitere Einzelprogramme, sondern eine strukturelle Stärkung kommunaler Selbstverwaltung muss zum Leitprinzip staatlicher Reformen werden.

2.4 Die unbequemen Fragen

Man kann immer neue Reformprogramme schreiben. Aber irgendwann muss man sehr einfache Fragen stellen.



- Warum wird Vertrauen in Verwaltung **durch Nachweispflichten ersetzt?**
- Warum messen wir Erfolg an Verfahren **statt an Wirkung?**
- Warum vertrauen wir Algorithmen beim Onlinebanking, **aber nicht bei Verwaltungsentscheidungen?**
- Warum akzeptieren wir 16 und mehr **unterschiedliche Lösungen für identische Probleme?**
- Warum dauert ein Genehmigungsverfahren **häufig länger als eine Legislaturperiode?**
- Und warum entscheiden Strukturen, die aus der Vergangenheit stammen, **über die Zukunft unseres Staates?**

Das sind keine Detailfragen. Das sind Systemfragen.

Unser **Bürokratie-Check**, eine Sonderbefragung im Rahmen des kommunalen Stimmungsbarometers, zeigt, wo der Handlungsbedarf aus Sicht der Kommunen besonders groß ist. Denn Umsetzung scheitert zu häufig nicht am Willen, sondern an den Bedingungen, unter denen sie erfolgen muss.

„Für eine Hundewiese waren ein Flächennutzungsplanverfahren und ein Bauantrag erforderlich. Dauer: über zwei Jahre."

BÜRGERMEISTER
36-40 JAHRE, NRW,
KOMMUNE 15.000 – 25.000 EINWOHNER

2.5 Wie sieht der Staat der Zukunft aus?

Wir glauben, dass die Debatte zu oft im Klein-Klein stecken bleibt.

Die Aufgabe ist, den Staat neu zu denken, nicht nur ihn im Bestand zu optimieren.
Dabei hilft es sich einige Fragen immer wieder zu stellen:



- Warum ist Wirkung **kein Kriterium für Erfolg?**
- Muss jede Kommune **jede Aufgabe selbst erfüllen?**
- Warum ist **Vertrauen kein Steuerungsprinzip?**
- Warum gibt es **keine echten bundesweiten Standards** für zentrale Verwaltungsprozesse?
- Warum wird **Verantwortung immer verteilt, aber kaum gebündelt?**

Das sind keine technischen Fragen. Das sind Fragen von politischem Mut.

2.6 Eine Generationenfrage

Viele politische Entscheidungen entfalten ihre Wirkung erst in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren. Wir sind die Generation, die mit diesen Entscheidungen leben wird.

Als junge Bürgermeister*innen tragen wir bereits heute Verantwortung für die Folgen früherer Reformentscheidungen und gleichzeitig für die nächsten Schritte. Deshalb reicht uns der Blick auf den nächsten Haushalt nicht mehr. Wir verstehen Staatsmodernisierung nicht als technische Verwaltungsmodernisierung, sondern als Generationenaufgabe.

Das zeigt sich auch daran, wie wir mit bekannten Problemen umgehen. Ein Beispiel ist der Fachkräftemangel: Während ihn **2024 noch 67 Prozent** als zunehmenden Belastungsfaktor nannten, sind es **2026 nur noch 32 Prozent**. Gleichzeitig sinkt der Wunsch nach mehr Personal von **42 auf 24 Prozent**.

Das bedeutet nicht, dass der Fachkräftemangel gelöst ist. Vielmehr deutet die Entwicklung darauf hin, dass junge Bürgermeister*innen ihre Erwartungen verändern und ihr Handeln an eine neue Realität anpassen: Fachpersonal wird künftig vor allem aufgrund des demografischen Wandels nur begrenzt verfügbar und angesichts der angespannten Haushaltslage auch nicht mehr im heutigen Umfang finanzierbar sein.

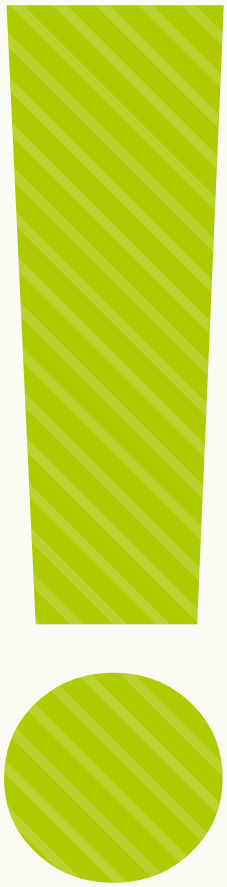
Deshalb braucht es neue Lösungen für alte Probleme. Einfachere Prozesse, Digitalisierung, neue Arbeitsweisen und effizientere Verwaltungsstrukturen gewinnen an Bedeutung.

3. UNSERE FORDERUNGEN

3.1 Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – jetzt!

Die aktuelle Debatte über Investitionen, Haushalte und Zukunftspakte zeigt, dass es den politischen Willen zur Veränderung gibt.

Aber dieser Wille greift zu kurz, wenn er nicht die strukturellen Ursachen adressiert. Wenn Städte und Gemeinden überlastet sind, reicht es nicht, über einzelne Förderprogramme zu sprechen oder neue Investitionspakete zu schnüren.



KOMMUNALE HANDLUNGSFÄHIGKEIT ENTSTEHT DURCH:

- **klare Aufgabenverteilung**
- **verlässliche Finanzierung**
- **weniger Bürokratie**
- **mehr Vertrauen**
- **mehr Geschwindigkeit**
- **mehr Mut zur Vereinfachung**

3.2 Ein neuer Zukunftspakt



Deutschland braucht keinen perfekteren Staat. Deutschland braucht einen handlungsfähigeren Staat.

Deshalb braucht es einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen – nicht als zusätzliches Reformprogramm, sondern als grundlegende Neujustierung unseres föderalen Systems.

Ein Pakt, der beantwortet, was wir von den Kommunen erwarten und was wir ihnen dafür geben.

- Wer macht was?
- Wer finanziert was?
- Wer trägt Verantwortung?
- Und wie stellen wir sicher, dass der Staat wieder schneller, einfacher und wirksamer wird?

Kommunale Handlungsfähigkeit ist keine kommunalpolitische Spezialfrage. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat und eine funktionierende Demokratie.

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen fordert Bund und Länder auf, die begonnene Debatte über einen Zukunftspakt zu nutzen, um die strukturellen Voraussetzungen kommunaler Handlungsfähigkeit dauerhaft zu verbessern.

Das kommunale Stimmungsbarometer 2026 unterstreicht diesen Handlungsbedarf: Die Ergebnisse zeigen eine zunehmende Lücke zwischen kommunaler Verantwortung und den tatsächlichen Möglichkeiten, diese Verantwortung wahrzunehmen. Finanzielle Engpässe, bürokratische Belastungen und fehlende Gestaltungsspielräume greifen dabei ineinander.

Deshalb schlagen wir vor:

- Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
- Finanzausgleichssystematik grundlegend reformieren – mehr freie Mittel, weniger Förderprogramme.
- Jede neue Regel, jedes Gesetz braucht einen Kommunalcheck.
- Deutschland braucht gemeinsame Verwaltungsstandards.
- Mehr Experimentierfreiheit für Kommunen.
- Wirkung zum Maßstab staatlichen Handelns machen.

Denn die Zukunft Deutschlands entscheidet sich vor Ort. Wer einen starken Staat will, muss seine Kommunen stärken.

ERGEBNISSE des 4. NJB-Stimmungsbarometers

TEIL II: Das kommunale Stimmungsbild 2026

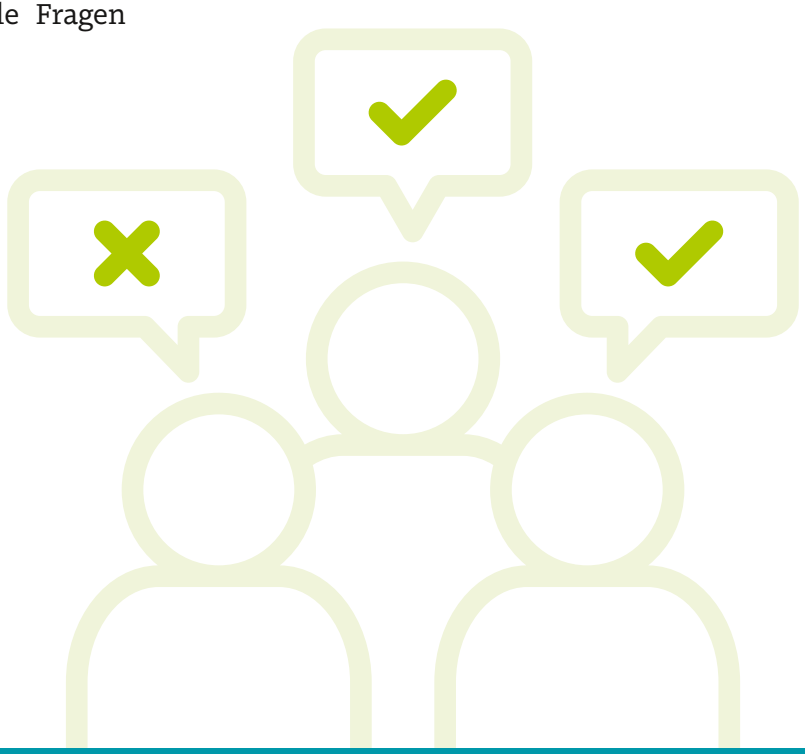
1. Belastung bleibt hoch – Handlungsfähigkeit sinkt

Das vierte kommunale Stimmungsbarometer des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen zeigt: Die finanzielle Lage verschärft sich, gleichzeitig bleiben Zufriedenheit und Zuversicht der Bürgermeister*innen vergleichsweise stabil. Andere Themen verlieren an Bedeutung.

Seit 2023 erhebt das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen regelmäßig die Stimmungslage unter seinen Mitgliedern. An der aktuellen Befragung beteiligten sich 244 Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland. Viele Fragen werden bewusst unverändert gestellt, um Entwicklungen sichtbar zu machen.

Erstmals wurden in Kooperation mit dem Netzwerk **#Handlungsfähige Kommunen der Hertie School** drei Fragen als Bürokratie-Check aufgenommen. Sie befassen sich mit Bürokratie, Verwaltungsaufwand und den Rahmenbedingungen kommunaler Handlungsfähigkeit.

Wie ist die Lage in den Kommunen? Bürokratie-Check aus der kommunalen Praxis.



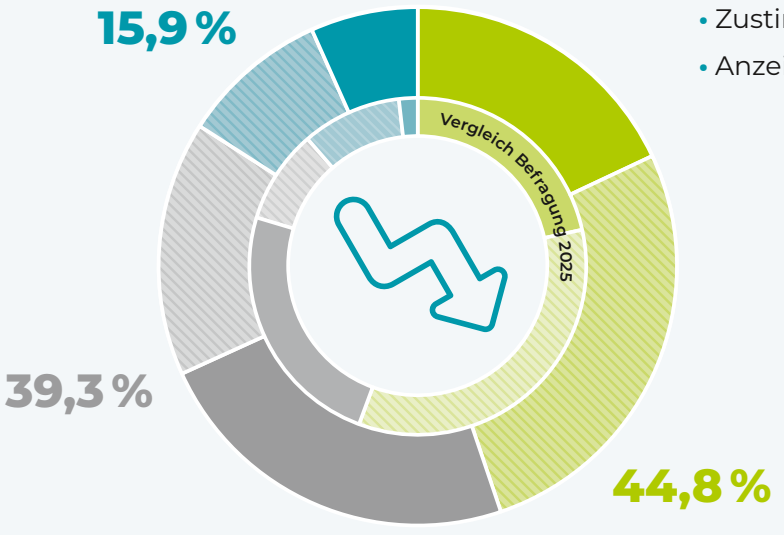
2. Zwischen Haushaltskrise und persönlicher Zuversicht

Die Ergebnisse zeigen zunächst ein Spannungsfeld: Die finanzielle Situation der Kommunen verschlechtert sich weiter. 66 Prozent der Bürgermeister*innen nehmen eine Verschlechterung der Haushaltslage wahr. Nur noch 18 Prozent halten ihre Kommune für finanziell handlungsfähig – 2025 waren es 20 Prozent, 2024 noch 25 Prozent. **68 Prozent arbeiten mit einem defizitären Haushalt.**

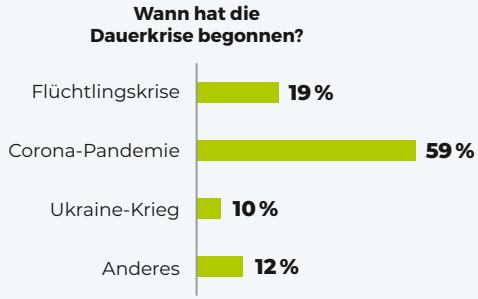
Gleichzeitig bleiben die persönlichen Einschätzungen vergleichsweise stabil. 76 Prozent stimmen der Aussage zu, **dass Bürgermeister*in ihr Traumjob ist, 65 Prozent sind mit ihrem Job zufrieden.** Auch der Anteil derjenigen, die sich im „Dauerkrisenmodus" sehen, geht zurück: **von 56 Prozent im Jahr 2025 auf 45 Prozent.** Die Ergebnisse deuten damit auf eine veränderte Wahrnehmung der kommunalen Krisenlage hin.

Die Belastung bleibt hoch, wird aber offenbar zunehmend als dauerhafte Rahmenbedingung wahrgenommen.

„ICH ARBEITE IM **DAUERKRISENMODUS**."



- Zustimmung zur These sinkt.
- Anzeichen für eine Gewöhnung an die Krise?





3. Die Finanzkrise überlagert andere Herausforderungen

Mit der Verschärfung der Finanzlage verändert sich auch die Wahrnehmung anderer kommunaler Herausforderungen. **Im Durchschnitt nannten die befragten Bürgermeister*innen 2026 rund zwei Herausforderungen weniger als noch 2024.** Auf den ersten Blick könnte das darauf hindeuten, dass die Problemlage insgesamt entspannter geworden ist. Tatsächlich spricht vieles für eine stärkere Fokussierung: Die kommunale Finanzkrise ist so präsent, dass sie andere Herausforderungen zunehmend überlagert und die Prioritäten sich auf wenige Kernthemen konzentrieren. Dabei geht es also nicht zwangsläufig um eine Entspannung bei den einzelnen Problemen. Vielmehr rückt die finanzielle Handlungsfähigkeit stärker in den Mittelpunkt. Wenn finanzielle Spielräume fehlen, werden auch andere Aufgaben und Herausforderungen zunehmend unter diesem Gesichtspunkt betrachtet.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung bei Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung. Während die Bedeutung vieler anderer Zukunftsthemen zurückgeht, nimmt dieses Themenfeld als einziges deutlich zu. Digitalisierung wird damit zunehmend mit der Frage verbunden, wie Verwaltungen trotz begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen leistungsfähig bleiben können.

4. Bürokratie belastet an den Schnittstellen

Die erstmals erhobenen Fragen zum Bürokratie-Check zeigen, wo Bürgermeister*innen konkrete Belastungen im Verwaltungsalltag sehen. Besonders häufig genannt werden Förderprogramme und Fördermittelverfahren mit **72,4 Prozent**, gefolgt von Berichtspflichten, Dokumentationen und Nachweispflichten mit **64,2 Prozent** sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren mit **58,8 Prozent**.

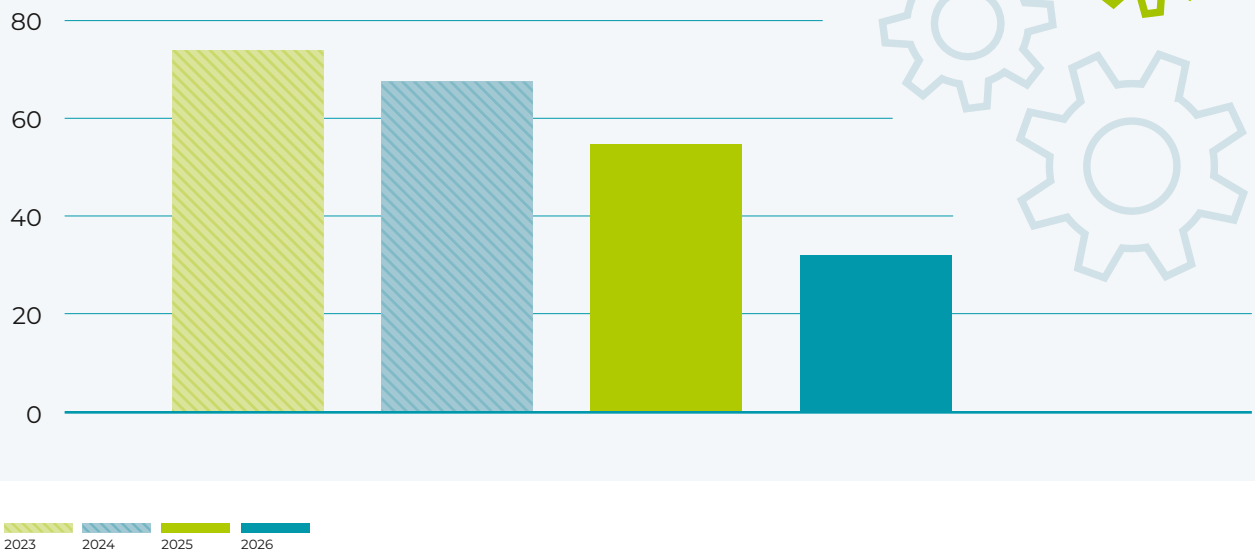
Damit liegen die am häufigsten genannten Belastungen vielfach an den Schnittstellen zwischen Kommune und übergeordneten staatlichen Ebenen. Die Ergebnisse zeigen zugleich, dass Bürokratie in der kommunalen Praxis vor allem als zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand wahrgenommen wird.

„Verwendungsnachweis für eine Schulsanierung (8 Mio. Euro) in dreifacher Ausführung an das Landesförderinstitut – zwei Tage war ein Mitarbeiter nur mit Kopieren beschäftigt."

BÜRGERMEISTER
30-35 JAHRE
MECKLENBURG-VORPOMMERN
KOMMUNE
UNTER 10.000 EINWOHNER

5. Fachkräftemangel verliert an Bedeutung – trotz unveränderter Herausforderung

„FACHKRÄFTEMANGEL IN DER VERWALTUNG FÜHRT ZUR **ZUNEHMENDEN BELASTUNG MEINER KOMMUNE.“**



Deutlich zurückgegangen ist die Bedeutung des Fachkräftemangels in der Wahrnehmung der Bürgermeister*innen. Der Aussage „Der Fachkräftemangel in der Verwaltung führt zur zunehmenden Belastung meiner Kommune“ stimmen in **diesem Jahr noch 32 Prozent** zu. **2025 waren es 54 Prozent**, **2024 sogar 67 Prozent**. Auch der Wunsch nach „mehr Personal“ als konkrete Verbesserung geht zurück: **von 42 auf 24 Prozent**.

Der Rückgang lässt sich nicht unmittelbar als Entspannung beim Fachkräftemangel interpretieren. Vielmehr könnte sich die Wahrnehmung des Problems verändert haben. Der Fachkräftemangel ist für viele Kommunen zu einer dauerhaften strukturellen Herausforderung geworden. Gleichzeitig begrenzen die angespannte Haushaltslage und die damit verbundenen Einsparungen die Möglichkeit, zusätzliche Stellen zu schaffen.

Parallel gewinnt die Frage an Bedeutung, wie Verwaltungsleistungen mit den vorhandenen personellen Ressourcen organisiert werden können.

Dazu passt die wachsende Bedeutung von Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.

6. Migration spielt kommunal nur noch eine kleine Rolle

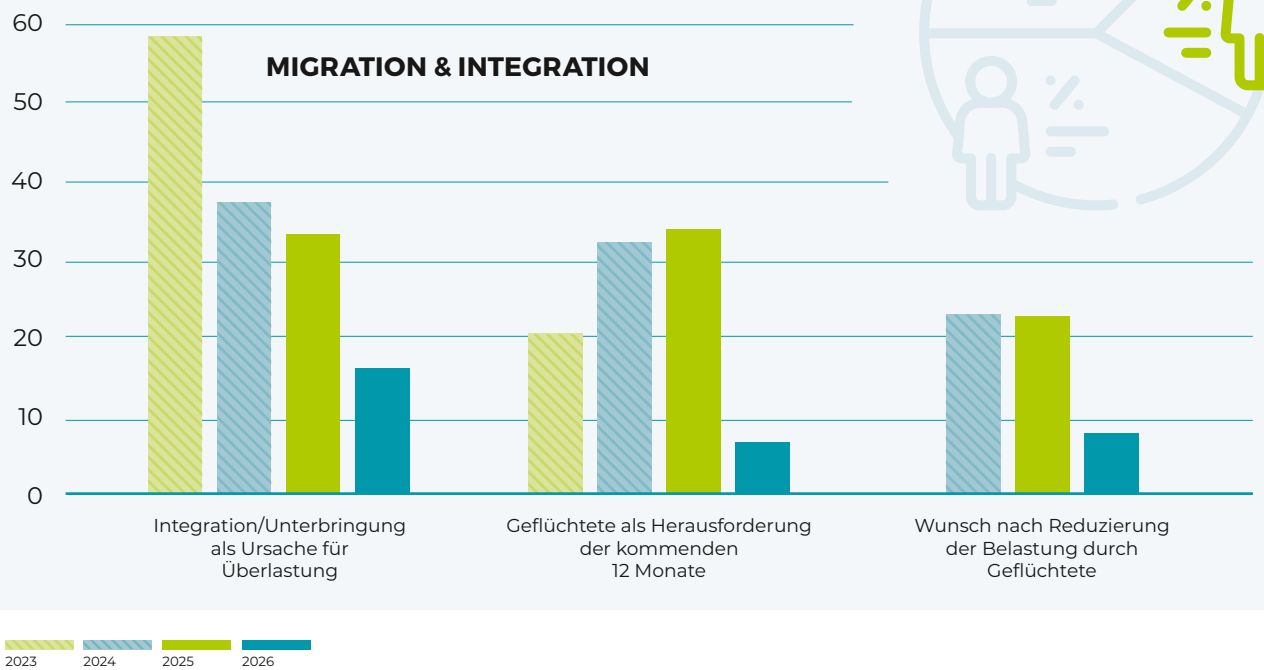
Besonders stark ist der Bedeutungsverlust beim Thema Migration. Die Zustimmung zur Aussage, dass Integration und Unterbringung von Geflüchteten zur Überlastung der eigenen Kommune beitragen, **sinkt von 37 Prozent im Jahr 2025 auf 16 Prozent.**

Bei der Frage nach den wichtigsten Herausforderungen der kommenden zwölf Monate **fällt der Anteil** derjenigen, die Flüchtlinge nennen, **von 33 auf 7 Prozent**. Auch der Wunsch nach einer Reduzierung der Belastung durch Geflüchtete **geht deutlich zurück: von 23 auf 8 Prozent.**

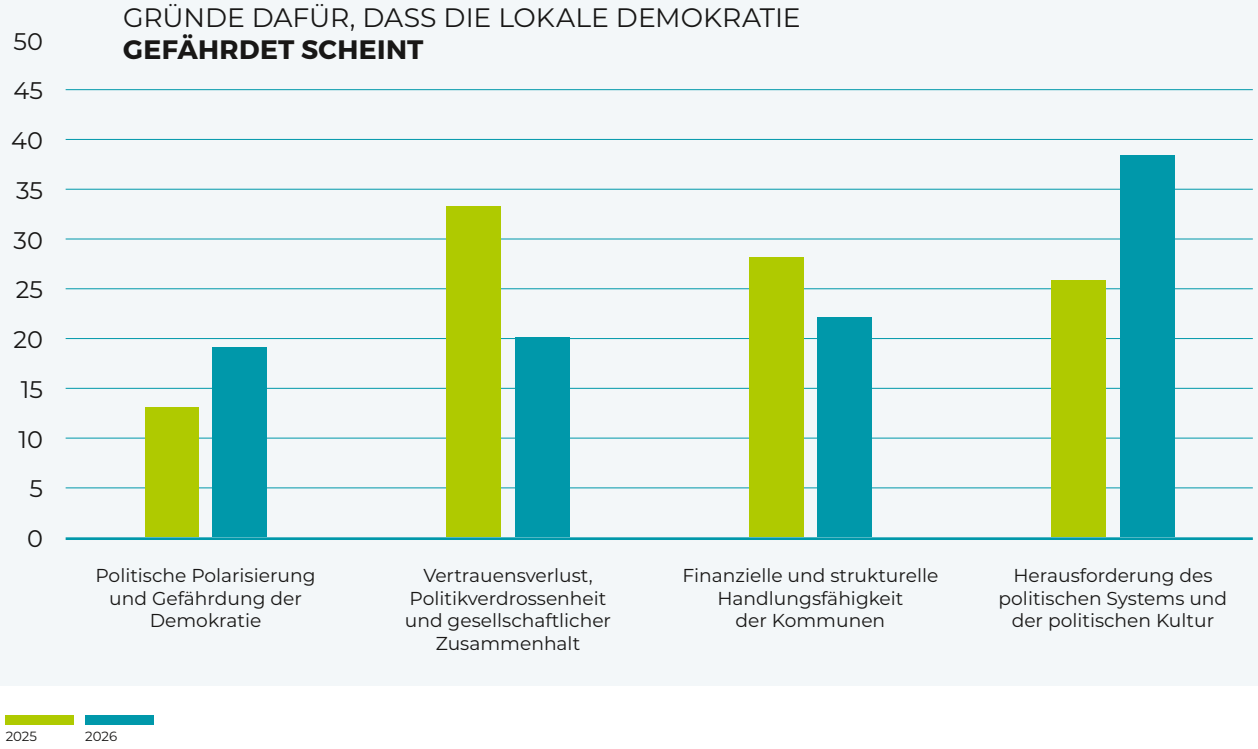
Migration wird von den befragten Bürgermeister*innen deutlich seltener als zentrale Herausforderung für die kommunale Handlungsfähigkeit genannt. Eine mögliche Erklärung ist die Kombination aus rückläufigen Zugangszahlen, inzwischen etablierten Strukturen und der wachsenden Bedeutung anderer Herausforderungen – insbesondere der Finanzlage.

Die Ergebnisse zeigen damit auch eine deutliche Differenz zwischen der bundespolitischen Debatte und der aktuellen Wahrnehmung in den Rathäusern.





7. Demokratie bleibt ein Thema – die Gründe verändern sich



Auch bei der Einschätzung der demokratischen Lage gibt es eine interessante Verschiebung. Der Anteil der Bürgermeister*innen, die die Demokratie vor Ort als gefährdet ansehen, bleibt weitgehend konstant.

Verändert hat sich jedoch die Wahrnehmung der Ursachen. Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust werden seltener genannt. Dafür gewinnen Aspekte der politischen Kultur und der Funktionsweise des politischen Systems an Bedeutung.

Damit rückt stärker die Frage in den Mittelpunkt, wie gut demokratische Entscheidungsprozesse in der kommunalen Praxis funktionieren und wie viel Gestaltungsspielraum vor Ort tatsächlich besteht.

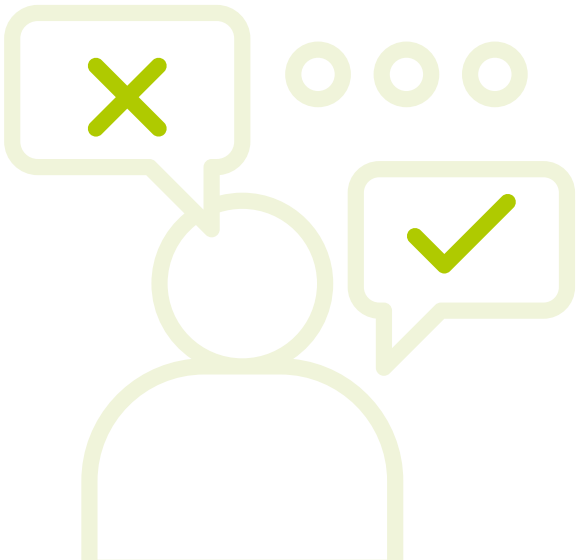
8. Was die Ergebnisse für die kommunale Ebene bedeuten

Über alle Themen hinweg zeigt sich ein gemeinsames Muster: Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist zum zentralen Bezugspunkt kommunaler Politik geworden. Gleichzeitig verändern sich die Strategien, mit denen Kommunen auf die angespannte Situation reagieren.

Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung gewinnen an Bedeutung. Der Fachkräftemangel wird stärker als strukturelle Daueraufgabe wahrgenommen. Bürokratische Verfahren werden insbesondere dort als belastend erlebt, wo sie zusätzliche Abstimmungen, Nachweise und Berichtspflichten erzeugen. Und Themen, die in den vergangenen Jahren die kommunale Debatte stark geprägt haben, treten teilweise deutlich zurück.

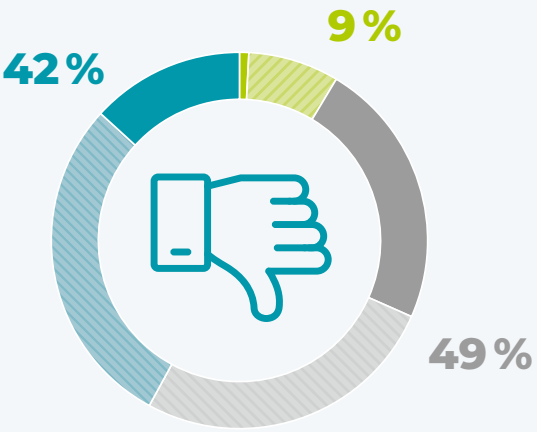
Für Bund und Länder ergeben sich als zentrale Punkte: Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung, weniger bürokratische Vorgaben, schnellere und einfachere Förderverfahren, mehr Möglichkeiten zur Digitalisierung und mehr Entscheidungsspielräume bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Das Stimmungsbarometer zeigt vor allem eines: Die Kommunen und ihre Bürgermeister*innen sind weiterhin engagiert und grundsätzlich auch zufrieden – die finanziellen und strukturellen Spielräume für dieses Engagement werden jedoch kleiner.



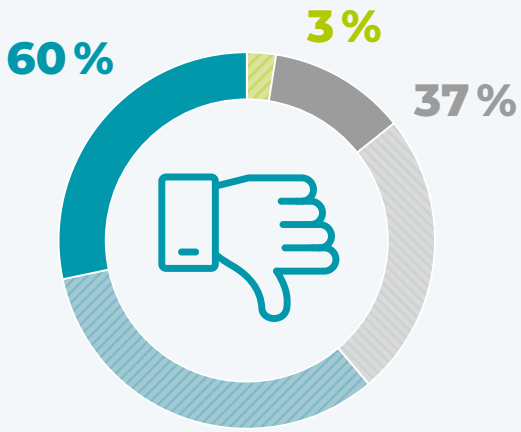
9. Weitere Ergebnisse

„DIE BUNDESREGIERUNG
MACHT EINEN GUTEN JOB
IN SCHWIERIGEN ZEITEN.“



- Nur 9 Prozent sagen, das die Bundesregierung aktuell einen guten oder sehr guten Job macht.
- Die Durchschnittsnote beträgt 4,1.
- 13 Prozent der Befragten geben eine glatte 6!

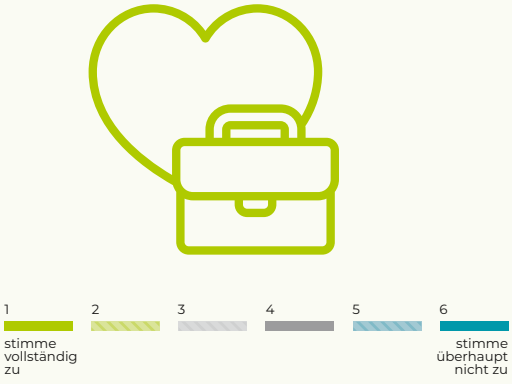
„DIE OPPOSTION IM BUND
MACHT EINEN GUTEN JOB
IN SCHWIERIGEN ZEITEN.“

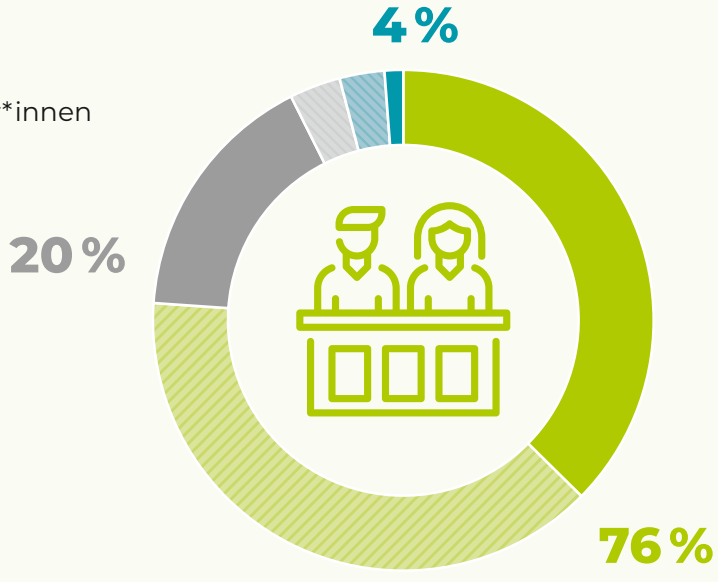


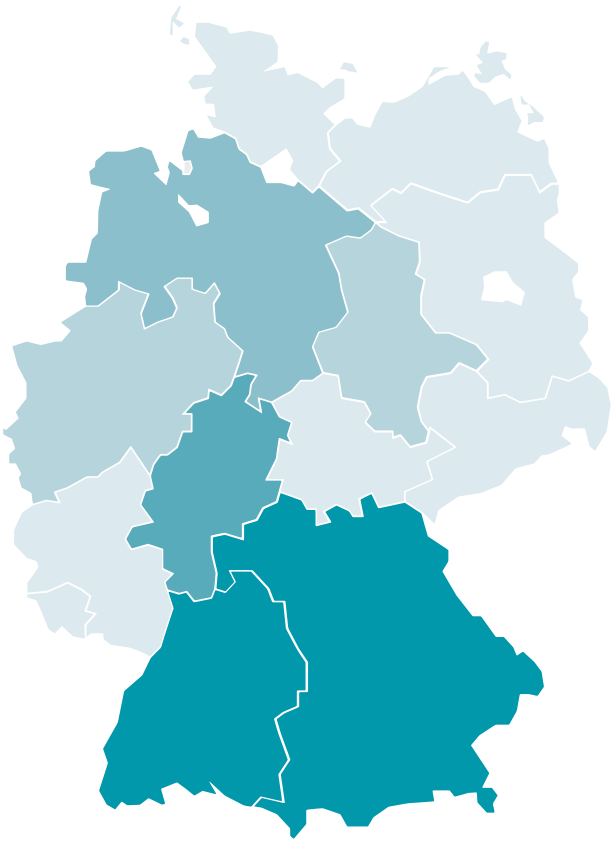
- Die Arbeit der Opposition wird sogar noch schlechter bewertet.
- Die Durchschnittsnote beträgt 4,7.

„BÜRGERMEISTER*IN
IST/WAR MEIN TRAUMJOB.“

- 76 Prozent der befragten Bürgermeister*innen empfinden ihr Amt als Traumjob.







Methodik

DIE BEFRAGTEN BÜRGERMEISTER*INNEN **KOMMEN AUS**

Baden-Württemberg: **23,7%**
Bayern: **24,6%**
Brandenburg: **2,9%**
Hessen: **14,5%**
Mecklenburg-Vorpommern: **2,4%**
Niedersachsen: **7,7%**
Nordrhein-Westfalen: **6,8%**
Rheinland-Pfalz: **3,4%**
Saarland: **1,0%**
Sachsen: **2,4%**
Sachsen-Anhalt: **4,8%**
Schleswig-Holstein: **2,9%**
Thüringen: **2,9%**

Zahl der Antworten 2026: **244**
Zahl der Antworten 2025: **171**
Zahl der Antworten 2024: **161**
Zahl der Antworten 2023: **210**

ERGEBNISSE des 4. NJB-Stimmungsbarometers

GESCHLECHT



ALTER



Unter 30 Jahre: **7,5%**
30–39 Jahre: **55,6%**
Älter: **36,9%**

TÄTIGKEITSFORM



Ehrenamt **10,6%**
Hauptamt **89,4%**

AMTSDAUER



Bis 2 Jahre: **16,5%**
2–8 Jahre: **62,6%**
Mehr: **20,9%**

GRÖSSE DER KOMMUNE



Unter 10.000 Ew.: **63,6%**
10.000–25.000 Ew.: **24,7%**
Über 25.000 Ew. **11,7%**

NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

netzwerk@junge-buergermeisterinnen.de
www.junge-buergermeisterinnen.de

Registernummer beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 39960 B